



Kreisverwaltung Trier-Saarburg • Postfach 2620 • 54216 Trier

Verbandsgemeinde Trier-Land  
Herrn Verbandsbürgermeister Michael  
Holstein  
Gartenfeldstraße 12  
54295 Trier

Kreisverwaltung  
**Bauen und Umwelt**  
Dirk Marx

Raum: 1443  
Tel: 0651 715-342  
dirk.marx@trier-saarburg.de

Unser Zeichen: **11-611-21 Nr. 1009BA2025**  
Ihr Zeichen:

**12. Dezember 2025**

## Baugenehmigung

Aktenzeichen: **1009BA2025** (bei Rückfragen bitte angeben)  
Bauvorhaben: **Generalsanierung der Grundschule Kordel**  
Baustelle: **Kordel, Friedhofstraße 27**  
Gemarkung: **Kordel**  
Flur/Flurstück: **38-30/1, 38-32/4**

Sehr geehrter Herr Bürgermeister,

auf Antrag wird Ihnen nach § 70 Landesbauordnung für Rheinland -Pfalz (LBauO) vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365 ff.), in der derzeit geltenden Fassung, unbeschadet der Rechte Dritter die Genehmigung erteilt, das vorgenannte Bauvorhaben entsprechend den beiliegenden geprüften Bauunterlagen und nach Maßgabe der nachfolgenden Bedingungen, Auflagen und Hinweise zu errichten.

Der beantragten Abweichung gemäß § 69 der Landesbauordnung vom 24.11.1998 (GVBl. S. 365 ff.), in der derzeit geltenden Fassung, wird zugestimmt.

***Hinsichtlich der Gebührenfestsetzung wird auf den beigefügten Gebührenbescheid verwiesen.***

Die beigefügten Auflagen sind zu beachten.

Eine Bauzustandsbesichtigung ist erforderlich.

Nach § 55 Abs. 1 LBauO hat die Bauherrin, der Bauherr **vor Baubeginn** Namen und Anschrift der bauleitenden Person und während der Bauausführung einen Wechsel dieser Person unverzüglich der Bauaufsichtsbehörde mitzuteilen.

**Rechtsbehelfsbelehrung:**

Gegen diesen (diese) Bescheid (Verfügung, Anordnung oder Entscheidung) kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe (alternativ: Zustellung) Widerspruch bei der

Kreisverwaltung Trier-Saarburg, Willy-Brandt-Platz 1, 54290 Trier

erhoben werden.

Mit freundlichen Grüßen

Im Auftrag



(Marx, Dipl.-Ing. FH)

Verteiler:



Bauherr



VGW Trier-Land



**Auflagen und Bedingungen zur Baugenehmigung:**

Die beigefügten Auflagen des Brandschutzreferates der Kreisverwaltung (Stellungnahmen vom 11.08. und 23.09.2025) sind als Bestandteil dieser Baugenehmigung zu beachten.

Das Brandschutzkonzept der Gorges-Wahlen- Ingenieurpartnerschaft mbB, 54421 Reinsfeld, vom 11.08.2025 und die 1. Fortschreibung vom 03.09.2025 sind als Bestandteil dieser Baugenehmigung zu beachten.

Der Sachverständige hat die ordnungsgemäße Bauausführung in Bezug auf den Brandschutz gegenüber der zuständigen Bauaufsichtsbehörde zu bescheinigen.

Die beigefügten Auflagen der Unfallkasse Rheinland-Pfalz sind Bestandteil der Baugenehmigung und entsprechend zu beachten.

Die beigefügten Auflagen des Gesundheitsamtes sind Bestandteil der Baugenehmigung und entsprechend zu beachten.

Die beigefügten Auflagen des Veterinäramtes/Lebensmittelkontrolle sind Bestandteil der Baugenehmigung und entsprechend zu beachten.

Die beigefügten Auflagen des Behindertenbeauftragten des Kreises Trier-Saarburg sind Bestandteil der Baugenehmigung und entsprechend zu beachten.

Die Baugenehmigung wird unter der aufschiebenden Bedingung erteilt, dass vor Baubeginn der Prüfbericht von einem zugelassenen Prüfsachverständigen vorgelegt wird. Statisch tragende Bauteile dürfen erst nach Vorlage der mängelfreien Prüfberichte abgerissen, ergänzt oder errichtet werden.

Für die Abnahme und Überwachung der Baumaßnahme ist der Prüfsachverständige zu beauftragen. Der Prüfsachverständige ist über die erforderlichen Abnahmen frühzeitig zu benachrichtigen. Entsprechende Prüfberichte sind unverzüglich vorzulegen.

**Hinweis:**

*Bei Gebäuden, die eine Dachfläche von mindestens 50 m<sup>2</sup> aufweisen, ist bei der Errichtung die Tragkonstruktion oder bei der grundlegenden Dachsanierung die Lastreserve so zu bemessen, dass auf allen Dachflächen Photovoltaikanlagen zur Stromerzeugung aus solarer Strahlungsenergie errichtet werden können. Weitere technische Anforderungen können gemäß § 7 Nr. 1 Landessolargesetz - LSolarG gestellt werden.*

Die Bemerkungen im Prüfbericht des Prüfsachverständigen sind zu beachten.

Nach § 55 Abs. 1 LBauO hat die Bauherrin oder der Bauherr **vor Baubeginn** Namen und Anschrift der bauleitenden Person und während der Bauausführung einen Wechsel dieser Person unverzüglich der Bauaufsichtsbehörde mitzuteilen.

Auf die Umsetzungspflicht des Landessolargesetzes, vom 30. September 2021 in der derzeit gültigen Fassung, wird hingewiesen. Als Nachweis der Erfüllung der Pflicht ist der unteren Bauaufsichtsbehörde innerhalb von drei Monaten nach Baufertigstellung eine schriftliche Bestätigung der Bundesnetzagentur über die Registrierung im Marktstammdatenregister im Sinne des § 8 Abs. 4 der Marktstammdatenregisterverordnung vom 10. April 2017 (BGBl. I S. 842), zuletzt

geändert durch Artikel 4 des Gesetzes vom 21. Dezember 2020 (BGBl. I S. 3138), vorzulegen.

Aufzugsanlagen sind vor erstmaliger Inbetriebnahme durch eine zugelassene Überwachungsstelle prüfen zu lassen.

Über das Ergebnis der Prüfung ist eine Prüfbescheinigung zu erteilen.

Die Aufzugsanlage ist regelmäßig wiederkehrend von einer zugelassenen Überwachungsstelle prüfen zu lassen (Hauptprüfung). Dazu sind die Prüffristen der Anlage auf Grundlage der Gefährdungsbeurteilung zu ermitteln und festzulegen. Die Prüffrist darf 2 Jahre nicht überschreiten.

Zusätzlich zu der Hauptprüfung ist in der Mitte des Prüfzeitraums zwischen zwei Prüfungen eine Prüfung von einer zugelassenen Überwachungsstelle durchführen zu lassen (Zwischenprüfung).

Über das Ergebnis der Prüfung ist eine Prüfbescheinigung zu erteilen.

Es ist sicherzustellen, dass auf Notrufe aus dem Fahrkorb der Aufzugsanlage in angemessener Zeit reagiert wird und Befreiungsmaßnahmen sachgerecht durchgeführt werden

Der Bauherr und Bauunternehmer sowie alle sonst an der Leitung oder Ausführung des Bauvorhabens beteiligten Personen haben darauf zu achten, dass Unglücksfälle auf der Baustelle und in deren Gefahrenbereich sowie Schädigungen der Gesundheit der auf der Arbeitsstelle beschäftigten Personen vermieden werden (vergl. Die jeweils geltenden Unfallverhütungsvorschriften/Baustellenverordnung).

Die Unternehmer sind dafür verantwortlich, dass die von ihnen übernommenen Arbeiten nach den geprüften oder wenn eine Prüfung nicht erforderlich ist, den eingereichten Bauunterlagen und den Anweisungen der Entwurfsverfasserin oder des Entwurfsverfassers gemäß den baurechtlichen und sonstigen öffentlich-rechtlichen Vorschriften ausgeführt werden.

Für die ordnungsgemäße Ausführung aller tragenden Bauteile ist der Bauherr verantwortlich.

Vor Beginn der Bauarbeiten hat sich der Bauherr gemäß § 53 Abs. 2 LBauO bei den Versorgungsträgern (Elektrizitätswerke, Wasserwerke, Gaswerke und Post) nach der Lage der Versorgungsleitungen und Fernmeldekabel zu erkundigen. Es soll hierdurch vermieden werden, dass bei den Bauarbeiten die Versorgungsleitungen beschädigt werden.

Die Richtlinien und Vorschriften über Schall- und Wärmeschutz gemäß DIN 4108 und 4109 (neueste Ausgabe) sind bei der Bauausführung zu beachten und anzuwenden.

Ebenso ist das Gebäudeenergiegesetz in der aktuell gültigen Fassung zu beachten. Zur Fertigstellung des Vorhabens ist der Wärmebedarfsausweis vorzulegen.

An allen Treppen mit mehr als 3 Steigungen sind Handläufe und an den freien Treppenseiten Schutzgeländer entsprechend den Richtlinien der DIN 18065 anzubringen.

Treppen, Balkone sowie im Allgemeinen zum Begehen bestimmte Flächen in, an und auf baulichen Anlagen bei einer Absturzhöhe von mehr als 1 m sind mit mindestens 1,00 m hohen Geländern, bei mehr als 12 m Absturzhöhe mindestens 1,10 m hoch, zu versehen. Der Abstand der senkrechten Stäbe darf höchstens 12 cm betragen. Die Geländer müssen so ausgefacht sein, dass Kleinkinder nicht am Geländer hochklettern oder

zwischen Geländer und Treppenstufen durchfallen können.

Treppen müssen nach den Richtlinien der DIN 18065 ausgeführt werden und an jeder Stelle mindestens 2,00 m Kopfhöhe (senkrecht gemessen) aufweisen.

Die tragenden Teile notwendiger Treppen sind auch nichtbrennbaren Baustoffen herzustellen.

Alle innenliegenden sanitären Räume sind nach DIN 18017 zu be- und entlüften.

Beim Bau, bei der Einrichtung und beim Betrieb der Anlage sind die Unfallverhütungsvorschriften der zuständigen Berufsgenossenschaft zu beachten.

Die künstliche Beleuchtung muss nach den geltenden Normen für Innenraumbeleuchtung mit künstlichem Licht erfolgen.

Es ist dafür Sorge zu tragen, dass der Betrieb entsprechend den Vorschriften des Bundes-Immissionsschutzgesetzes in der derzeit gültigen Fassung eingerichtet, unterhalten und betrieben wird, damit die Nachbarschaft oder die Allgemeinheit vor Gefahren, erheblichen Nachteilen oder unzumutbaren Belästigungen durch Immissionen (z.B. Rauch, Ruß, Geräusche, Gerüche, Erschütterungen usw.) geschützt sind.

Die elektrischen Anlagen und Betriebsmittel müssen den Vorschriften des Verbandes Deutscher Elektrotechniker (VDE) entsprechen. Die Installations- bzw. Lieferfirma hat über den ordnungsgemäßen Zustand der Anlagen und Betriebsmittel eine Bescheinigung auszustellen, die beim Bauschein aufzubewahren ist.

Während der Durchführung der Baumaßnahmen darf der öffentliche Verkehrsraum nicht eingeschränkt werden durch Lagern von Baustoffen, Abstellen von Fahrzeugen, Containern oder Ähnliches.

Eine Einschränkung des öffentlichen Verkehrsraumes ist ohne besondere Genehmigung nicht gestattet.



### Generelle Auflagen:

1. Die in grüner Farbe in die Zeichnungen, Berechnungen und sonstigen Unterlagen des Bauantrages eingetragenen Änderungen und Ergänzungen sind bei der Bauausführung zu beachten und einzuhalten.
2. Baugenehmigungen und Bauunterlagen müssen an der Baustelle von Baubeginn an vorliegen.
3. Mit dem Bauvorhaben darf erst begonnen werden, wenn auf Rechtsmittel verzichtet wird oder über ein eingelegtes Rechtsmittel rechtskräftig entschieden ist. Vorher - mindestens eine Woche - ist der Baubeginn der Kreisverwaltung Trier-Saarburg in Trier schriftlich unter Verwendung des beiliegenden Vordrucks anzuzeigen.  
Vor Baubeginn muss die Grundfläche der baulichen Anlage abgesteckt und ihre Höhenlage festgestellt sein – dies ist mit der Baubeginnsanzeige zu bestätigen -.
4. An der Baustelle ist ein Schild, das die Bezeichnung des Bauvorhabens und die Namen und Anschriften des Bauherrn, des Entwurfsverfassers, des Bauleiters und der am Rohbau beteiligten Unternehmen enthalten muss, dauerhaft und vom öffentlichen Verkehrsraum aus sichtbar anzubringen.
5. Ergibt sich im Laufe der Bauausführung die Notwendigkeit, vom genehmigten Bauplan abzuweichen, so ist **vor Ausführung** die Baugenehmigung einzuholen.  
*Eigenmächtige Abweichungen vom genehmigten Bauplan können mit einem Bußgeld bis zu 50.000,00 EUR geahndet werden.*
6. Bauzustand:
  - a)  
Die Fertigstellung des Rohbaues, d.h. die Vollendung der tragenden Teile, Schornsteine, Brandwände, notwendigen Treppen und der Dachkonstruktion ist der Bauaufsichtsbehörde **zwei Wochen vorher mittels beigefügtem Vordruck** anzuzeigen, damit eine Besichtigung des Bauzustandes möglich ist. Zur Besichtigung des Rohbaues sind die Bauteile, die für die Standsicherheit und, soweit möglich, die Bauteile, die für den Brand-, Wärme- und Schallschutz sowie für die Abwasserbeseitigung wesentlich sind, derart offen zu halten, dass Maße und Ausführungsart geprüft werden können.  
Mit dem Innenausbau darf erst einen Tag nach dem mitgeteilten Fertigstellungszeitpunkt begonnen werden, soweit die Bauaufsichtsbehörde nicht einem früheren Beginn zugestimmt hat.
  - b)  
Die endgültige Fertigstellung der baulichen Anlage ist der Bauaufsichtsbehörde ebenfalls **zwei Wochen vorher auf dem beigefügten Vordruck** anzuzeigen. Das Bauwerk darf erst benutzt werden, wenn es ordnungsgemäß fertig gestellt und sicher benutzbar ist; frühestens jedoch eine Woche nach Ablauf des genannten Fertigstellungstermins, sofern die Bauaufsichtsbehörde nicht eine frühere Benutzung gestattet.  
Über die Ergebnisse der Bauzustandsbesichtigungen wird auf Verlangen des Bauherrn eine Bescheinigung ausgestellt.
7. Dieser Bauschein erlischt, wenn innerhalb von vier Jahren mit der Ausführung nicht begonnen oder die Ausführung vier Jahre unterbrochen worden ist (wesentliche Bauarbeiten). Die Baugenehmigung kann auf schriftlichen Antrag jeweils bis zu vier Jahren verlängert werden.

### **Hinweis:**

Das Unterlassen einer rechtzeitigen Mitteilung nach den Ziffern 3. und 6. stellt eine Ordnungswidrigkeit dar und kann mit einer Geldbuße bis zu 10.000,00 EUR geahndet werden.

### **Aufbewahrungspflicht:**

Nach § 16 Bauunterlagenprüfverordnung haben Bauherrinnen/Bauherren und ihre Rechtsnachfolger Bauunterlagen sowie ergänzende Nachweise, Bescheinigungen und Erklärungen, die in baurechtlichen Verfahren erforderlich sind, dauerhaft aufzubewahren.